

1. XI. 1918

Deutschlands neueste Partei.

Von S. v. Gerlach (Berlin).

Im Nord-Saal der ostpreussischen Landschaft zu Königsberg ist im September Deutschlands jüngste Parteigründung, die Deutsche Vaterlandspartei, ans Licht der Welt getreten. Die Wahl des Lokals ist sicherlich nicht ohne Rücksicht auf den Genius loci erfolgt. Als General Nord im Winter 1812/13 die Fahne des Aufwands gegen Napoleon erhob, da geschah das in offener Opposition gegen den Willen seines Königs. Alldeutsche Organe feierten bei Gelegenheit der Gründung der Vaterlandspartei in beziehungsreichen Artikeln die kühne Tat des Generals Nord gegenüber dem „von Natur unentschlossenen“ König Friedrich Wilhelm III.

Die neue Partei will keine eigentliche Partei sein, das heißt, sie will weder eigene Kandidaten aufstellen noch die Zeit des Krieges überdauern. Sie will nur all die Deutschen sammeln, die gegen die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli sind. Sie soll also die Schilderhebung des Volkes gegen die Volksvertretung darstellen. Demagogie gegen Demokratie!

Charakteristischer als das sehr allgemein gehaltene Programm der neuen Partei ist ihr Vorstand. Als Ehrenvorsitzender figuriert ein Herzog von Mecklenburg, von dessen politischen Ansichten das deutsche Volk bisher noch nichts gewußt hat. Erster Vorsitzender ist Großadmiral v. Tirpitz, der hervorragende Marinefachmann und verbänigliche Politiker. Er ist der Mann, der nicht ohne Grund als der achtbarste Vertreter jener Richtung der deutschen Politik gilt, die in der übrigen Welt als Militarismus bezeichnet wird. Stellvertretender Vorsitzender ist General-Landschaftsdirektor Rapp, der sich in den alldeutschen Kreisen durch die geheime Denkschrift gegen die Politik Bethmanns einen großen Namen gemacht hat. Rapp gehörte zu den Persönlichkeiten, die Herr v. Bethmann im Auge hatte, als er die berühmte Flucht in die Öffentlichkeit ergriff und sich gegen die „Wirren der öffentlichen Meinung“ im Reichstag zur Wehr setzte.

Die neue Partei ist noch sehr jung, aber sie hat schon einen gewaltigen Umschwung erreicht. Täglich liest man von der Gründung neuer Ortsgruppen, Kreisverbände, Provinzialverbände usw. und von dem Uebertritt ganzer Organisationen zu ihr. Bis in die kleinsten Dörfer wird für sie planmäßig agitiert. Die „Honoratioren“ — Landräte, Bürgermeister, Oberförster, Postdirektoren, Subintendanten, Fabrikanten — berufen die Versammlungen ein, worauf dann die Masse der mehr oder weniger von den Einberufern abhängigen Personen ihren Beitrag vollzieht. Auch im Heere ist stark für sie geworden worden. Da der Beitrag nur eine Mark jährlich kostet, ist der Beitritt leicht. Uebrigens erklären sich oft finanziell potente Persönlichkeiten bereit, den Beitrag für ihre Anstellungen aus der eigenen Tasche zu decken. Die Hauptfrage ist, daß die Namen in die Liste kommen.

Zahllose abhängige Menschen haben sich schutzlos an den Reichstag gewendet. Sie wußten sich keinen anderen Rat, um sich dem Druck zum Eintritt in die Vaterlandspartei zu entziehen, als daß sie an die deutsche Volksvertretung appellierten. Die Sozialdemokratie machte ihre Sache zur eigenen und brachte eine Intervention ein. Der Abg. Landsberg erbrachte eine so ungeheure Fülle des Materials über den antilichen Druck zugunsten der alldeutschen Bestrebungen im allgemeinen und der Vaterlandspartei im besonderen, daß die Regierung, die sich nur höchst unvollkommen zu verteidigen wußte, in die peinlichste Lage geriet. Die Gesundheitskrise nahm ihren Anfang mit dieser Debatte.

Die Propaganda für die Vaterlandspartei hat jedoch unter diesen Enthüllungen nicht gelitten. Ununterbrochen weiß sie von neuen Erfolgen zu berichten. Es wird ihr freilich leicht gemacht. Während sie in Wort und Schrift ungehindert agitieren kann und insbesondere in ihrer Versammlungstätigkeit nicht im geringsten eingekerkert ist, ist den Nazisisten jede Gegenaktion verwehrt. Es ist anzunehmen, daß die Vaterlandspartei demnächst die Welt durch die Veröffentlichung der Riesenaffäre ihres Mitgliederstandes zu erstaunen versuchen wird. Diese Ziffer setzt sich jedoch nur zum kleinsten Teil aus neu zum Alldeutstum bekehrten Personen zusammen. Neben der Menge unfreiwilligen Mitglieder, die nur einem moralischen Druck gewichen sind, finden sich in der neuen Partei alle die Organisationen wieder zusammen, die längst sich alldeutsch betätigt hatten. Konservativen und nationalliberalen Verbände, Bund der Landwirte, Deutschbund, Alldeutscher Verband, Ausschuss zur raschen Niederwerfung Englands, Unabhängiger Ausschuss für einen deutschen Frieden und wie sie alle heißen, sie sind entweder in corpore der Vaterlandspartei beigetreten oder haben doch offiziell zum Beitritt zu ihr aufgeföhrt. Das gibt natürlich runde Ziffern.

Die Deutsche Vaterlandspartei ist das Sammelbecken der alldeutschen Bestrebungen geworden.

Ihr Zweck? Sie will der Regierung die Möglichkeit geben, sich von der einem Verständigungsfrieden geneigten Reichstagsmehrheit zu emanzipieren. Man kann natürlich nicht sagen — weil man es nicht beweisen kann —, daß sie einen reichstagslosen Zustand erstrebt. Aber sie möchte jedenfalls den Eindruck hervorrufen, daß die wahre Mehrheit des Volkes nicht hinter der Reichstagsmehrheit, sondern hinter der Vaterlandspartei liege, und daß es deshalb für die Regierung ganz unbedenklich sei, die Entschlüsse des Reichstages mit Verachtung zu strafen.

Mit anderen Worten: die Vaterlandspartei präsentiert sich als zivile Prätorianergarde für eine Regierung, die gewillt ist, annexionsistische Politik ohne Rücksicht auf die

Wahrung der Mehrheit der deutschen Volksvertretung zu treiben.

Die neue Partei ist das Produkt des innigen Bündnisses zwischen Agrariern und Schwerindustriellen, das seit zwei Jahrzehnten die deutsche Politik bestimmt. Gewiß, die alldeutschen Idealisten spielen in ihr eine gewisse Rolle, Offiziere a. D., Oberlehrer, Universitätsprofessoren und Schriftsteller, die sich mit glühender Begeisterung zum Dogma des Imperialismus bekennen. Aber so wichtig diese Idealisten für die Propaganda sind, so würde die Partei doch nur ein klägliches Häuflein darstellen, wenn nicht die beiden wichtigsten Interessentengruppen hinter ihr ständen.

Agrarier und Schwerindustrielle haben sich seinerzeit bei den Kämpfen um die Jahrhundertwende gefunden. Die Industrie hatte nur ein geringes Interesse an den Zollerhöhungen. Aber aus politischen Gründen suchte sie das Bündnis mit dem mächtigen Bund der Landwirte. Sie garantierte den Landwirten die heiß ersehnten hohen Agrarzölle und tauschte dafür deren Unterstützung im Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterchaft ein. Die Landwirte hatten bis dahin der Arbeiterbewegung mit einer gewissen Gleichgültigkeit gegenübergestanden. Sie waren natürlich alles andere als arbeiterfreundlich. Aber da sie mit Meid auf die Höhe der Gewinne in der Industrie blickten, so sahen sie nicht ohne Schadenfreude die Schwierigkeiten, in die die Lohnkämpfe die reichen Industrieherrn verwickelten. Ihr ganzes Interesse konzentrierte sich auf die Rentabilität des großen Landbesitzes, die ihnen eine extreme Zollpolitik mühelos gewähren mußte. Die Agrarzölle waren, da die Landwirtschaft nur noch ein Drittel des Volkes umfaßte, ohne mächtige Bundesgenossen nicht durchzusetzen. Die boten sich ihnen in der ausgezeichnet organisierten Schwerindustrie mit ihren riesigen sozialen und finanziellen Machtmitteln dar. Wenn Landwirtschaft und Schwerindustrie zusammengingen, so hatte man Regierung und Reichstagsmehrheit. Natürlich konnte man um dieses löblichen Zweckes willen jede Weisheit gegen die immer anspruchsvoller werdenden Arbeiter, für die man wahrhaftig nichts übrig hatte, zubilligen.

So kam das Bündnis zustande, das, weil es nicht gegenseitiger Vereinerung, sondern ausschließlich materieller Interessengemeinschaft entsprang, sich um so dauerhafter erwies.

Der Kriegsausbruch brachte insofern eine neue Situation, als die Sozialdemokratie durch die Bewilligung der Kriegskredite in die Reihe der „Staatsbehaltenden“ Parteien rückte. Es wurde von der Regierung eine Neuorientierung verheißen, die nach Lage der Dinge nur Konzessionen an die Linke im allgemeinen und die Arbeiterchaft im besonderen darstellen konnte. Das bedeutete für die bisher herrschenden Klassen: Gefahr im Verzug! Mit dem ihnen eigenen politischen Instinkt erkannten Agrarier und Schwerindustrielle sofort die Bedenklichkeit des herausstehenden neuen Zustandes. Sie trafen ihre Gegenmaßnahmen. Zunächst schlossen sie sich enger als je zusammen. Und dann formulierten sie ein gemeinsames Aktionsprogramm. Die Opposition gegen die innere Neuorientierung, vor der ihnen graute, stellten sie angesichts der Volkstimmuna nicht in den Vordergrund. Mit klugem Bedacht wählten sie vielmehr die nationale Leidenschaft als Plattform. Sie wurden grundsätzliche Annexionsisten extremster Prägung. Denn sie sahen sich: je größer der Landerverb, um so stärker der nationale Rausch nach Friedensschluß. Der äußere Erfolg wird das Interesse von den inneren Fragen ablenken. Vergrößert das bisherige politisch-militaristische System den Machtumfang des Reiches, so läßt dieses System für lange fest im Sattel. Und seine Stützen, Agrarier und Schwerindustrielle, gehen herrlichen Tagen politischer und sozialer Allmacht entgegen. Ob im Unterbewußtsein auch die materiellen Vorteile mitreißt haben, die bei Landerverb im Westen (besonders Föhlenaruben, nordfranzösisches Erzbecken) der deutschen Industrie winkten, läßt sich natürlich nicht sagen.

Von dem Tage des Jahres 1915 an, wo die sechs großen wirtschaftlichen Verbände, geführt vom Bunde der Landwirte und dem Zentralverband Deutscher Industrieller, ihr wildes Annexionsprogramm in einer gemeinsamen geheimen Denkschrift niederlegten, bis zur jetzigen Kooperation in der Deutschen Vaterlandspartei ist das Bündnis zwischen Agrarier und Schwerindustrie der bestimmende Faktor der deutschen Kriegspolitik geblieben. Die „hohen Verbündeten“ sind entschlossen, jeder Regierung entweder ihren Willen aufzuzwingen oder sie, falls sie sich das nicht gefallen läßt, zu stürzen.

Bei dem Bündnis sind die Agrarier der politisch führende, die Schwerindustriellen der finanziell ausschlaggebende Teil.

Die deutsche Schwerindustrie, die in dem Zentralverband deutscher Industrieller ihr maßgebendes Organ besitzt, hat in den letzten 25 Jahren einen amerikanischen Anmutenden Aufstieg genommen. Ihre zusammengeballte Finanzkraft übersteigt unvoralnehmlich die Potenz jeder anderen Wirtschaftsgruppe. Waren die Friedensgewinne riesenhaft, so sind die Kriegsgewinne geradezu phantastisch. Man weiß das Geld kaum noch unterzubringen. Für jeden Zweck, für den es lohnt, stehen fast unbegrenzte Mittel zur Verfügung.

Für politische Zwecke war bis vor kurzem in Deutschland nur schwer Geld aufzutreiben. Selbst sehr reiche Leute dachten, daß sie wundersam geobfert hätten, wenn sie für den Wahlfonds ihrer Partei 3000 Mark beisteuerten. Erst die Schwerindustrie hat erkannt, daß kein Geld besser angelegt ist als das für politische Beeinflussung im Sinne der eigenen Ziele aufgewendete. Planmäßig brachte sie schon in den letzten Jahren vor dem Kriege Hunderttausende auf, um zum Beispiel bestimmte Wahlkreise für